

GU -3. Mrz. 66 - 16

p.B.73.Ghana.O. - PO/tb  
 s.B.15.41.Ghana.1

Bern, den 3. März 1966

Notiz für die Herren Generalsekretär Micheli  
 Botschafter de Keller, Akkra  
 Minister Burckhardt  
 Dr. Lindt, Delegierter für techn.  
 Zusammenarbeit  
 Handelsabteilung

---

G h a n a

Ich erhalte heute den Besuch des seit November letzten Jahres in der Schweiz akkreditierten ghanesischen Botschafters Richard Maximilian Akwei. Er erklärt mir unverzüglich, dass für ihn, als Beamten, die ihm aus Akkra zukommenden Weisungen alleine massgebend sind; mit anderen Worten: er hat sich dem neuen Militärregime, das Nkrumah gestürzt hat, vorbehaltlos unterstellt. Nachstehend die Hauptpunkte unseres Gespräches, das sich zur Hauptsache auf den Umsturz in Ghana bezog.

I. Anerkennung der neuen ghanesischen Militär-Regierung durch die Schweiz.

Ich bestätige dem Botschafter, was ihm schon von Herrn Bundesrat Spühler gesagt worden war, nämlich, dass die Schweiz nicht Regierungen, sondern Staaten anzuerkennen pflegt. Die Anerkennung Ghanas und die Existenz diplomatischer Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wird also nach unserer Konzeption durch einen Regierungswechsel, auch wenn er in einigermaßen ungewöhnlicher Weise erfolgt, grundsätzlich nicht berührt. Der Botschafter, der über die recht engen Beziehungen zwischen der Schweiz und Ghana (Basler Mission, Union Handels-Gesellschaft, Ghana als hauptsächlichster Kakaolieferant der Schweiz etc.) bestens orientiert ist, nimmt von meinen Erläuterungen mit Befriedigung Kenntnis.

./.

## II. Beurteilung des Regimes Nkrumah.

Akwei führt zu diesem Punkte aus, dass zwischen der aussen- und der innenpolitischen Konzeption Nkrumahs zu unterscheiden sei.

Die aussenpolitischen Ziele, nämlich die Befreiung des Schwarzen Afrikas vom Kolonialismus, der Kampf gegen die "Balkanisierung" des Kontinents, dessen Einigung würden von Ghana, seiner Regierung und seinem Volk weiterhin vertreten. Mit dieser Zielsetzung Nkrumahs, dessen Verdienste hier nicht geschmälert werden sollen, sei man nach wie vor einverstanden. Indessen seien schon auf diesem Gebiet gewisse Methoden, die der Präsident zur Durchsetzung <sup>seiner</sup> ~~dieser~~ Ziele angewandt habe, zu beanstanden gewesen.

Der eigentliche Grund der Unzufriedenheit mit Nkrumah liege aber im inneren Sektor. Durch sein selbstherrliches Vorgehen sei das Land abgewirtschaftet und desorganisiert; die Arbeitslosigkeit grassiert, die Teuerung ist ausser Kontrolle geraten, die wichtigsten Artikel des täglichen Lebens sind nicht mehr vorhanden, und die Bevölkerung leidet Not. Statt dieser Entwicklung zu steuern, seien riesige Summen für unnötige Prestigebauten ausgegeben worden. Politisch sei die Freiheit des Individuums, auf die der Ghanese traditionell auch in seiner Stammesorganisation seit jeher stolz war, verloren gegangen. Ratschläge und Warnungen vor dieser Entwicklung habe Nkrumah in den Wind geschlagen. Es sei unter diesen Umständen nichts anderes übrig geblieben, als ihn gewaltsam von der Leitung des Landes zu entfernen.

## III. Zukunftsperspektiven.

Der Military Council, der die Macht in die Hand genommen hat, ruft die politischen Emigranten aus dem Auslande,

unter denen sich erstklassige Fachleute befinden, zum Wiederaufbau zurück. Das gegenwärtige Militärregime sei bewusst nur als Uebergangslösung gedacht. Die leitenden Leute seien entschlossen, so bald als möglich einer zivilen Regierung Platz zu machen. Als nächstes soll ein Verfassungsrat einberufen werden, um eine neue Verfassung aufzustellen, die dann dem Volke in einem Referendum zur Annahme unterbreitet werden soll. Man sei entschlossen, die neue Verfassung, nach den üblen Erfahrungen mit dem autoritären Regime, strikte auf dem Prinzip der Gewaltentrennung aufzubauen.

Abschliessend gibt der Botschafter noch der Hoffnung Ausdruck, dass die guten Beziehungen zwischen unsern beiden Staaten nicht nur andauern, sondern sich noch weiter entwickeln. Er gedenkt, demnächst mit Herrn Dr. Lindt, zwecks eventueller Reaktivierung der schweizerischen technischen Zusammenarbeit mit Ghana, Fühlung zu nehmen.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT  
Politische Angelegenheiten  
I. A.

